

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Antrag der Staatsregierung

Drs. 15/4835

Entwurf einer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass bei Erlass der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern durch die Staatsregierung die Anträge Drs. 15/5487, 15/5273, 15/5421, 15/5423, 15/5426, 15/5432, 15/5438, 15/5450, 15/5463 und 15/5465 in der Fassung der Beschlussempfehlungen Berücksichtigung finden sowie die Resolution Drs. 15/5486 in der Fassung der Beschlussempfehlung als Anhang dem LEP angefügt wird.

Berichterstatter: **Reinhold Bocklet**
Mitberichterstatterin: **Dr. Hildegard Kronawitter**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten, der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur haben den Antrag mitberaten. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Antrag endberaten

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 12. Mai 2006 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 17. Mai 2006 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 30. Mai 2006 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
5. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 31. Mai 2006 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in Kapitel A I 4.5 das Wort „Almwegen“ durch die Worte „Alm- und Alpwegen“ ersetzt wird und das Wort „möglichst“ gestrichen wird.
6. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat die Nummer 4 von Teil B III des Antrags in seiner 58. Sitzung am 1. Juni 2006 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

7. Der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 22. Juni 2006 mitberaten und auf Grundlage der Abstimmungen zu Drs. 15/5266, 15/5275, 15/5428, 15/5439, 15/5440, 15/5441, 15/5442 und 15/5487 mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 Zustimmung empfohlen.
8. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 124. Sitzung am 22. Juni 2006 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
9. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 27. Juni 2006 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
10. Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 28. Juni 2006 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:
- In BIII 5.1 „Kunst und Kulturpflege“ wird folgender Satz angefügt:
 Private und ehrenamtliche Kulturaktivitäten sind regional und lokal von gesellschaftlicher Bedeutung.
 - In der Begründung zu BIII wird der Nr. zu 5.1.7 (Bodendenkmalpflege) folgender Satz 6 angefügt:
 Zu einem wirksameren nachhaltigen Schutz der Bodendenkmäler in Bayern ist gesetzgeberisch die Einführung des Veranlasserprinzips (mit Kostentragungsregelung analog zur Regelung bei Baudenkmalern) anzustreben.

11. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 29. Juni 2006 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit den Maßgaben, dass bei Erlass der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern durch die Staatsregierung zusätzlich der Antrag Drs. 15/5445 in der Fassung der Beschlussempfehlung Berücksichtigung findet und noch folgende Änderungen durchgeführt werden:
- In § 3 Satz 1 werden als Datum des Inkrafttretens der „1. September 2006“ und in Satz 2 als Datum des Außerkrafttretens der „31. August 2006“ eingefügt.
 - In Kapitel A I 4.5 wird das Wort „Almwegen“ durch die Worte „Alm- und Alpwegen“ ersetzt.
 - In Kapitel B II 1.2.1.2 werden in Absatz 4 die Worte „(Anhänge 2 und 5)“ durch die Worte „(Anhänge 2 und 3)“ ersetzt.
 - In Kapitel B III 1.1.1 wird das Wort „kommt“ gestrichen.
 - In Kapitel B V 1.4.2 erhält der Absatz 2 folgende Fassung:
 „(Z) Das in Bau befindliche „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit“ A73 Suhl – Lichtenfels soll mit besonderem Vorrang verwirklicht werden.“

Franz Josef Pschierer
 Vorsitzender